

Positionspapier des DGB Thüringen

Einschätzung des DGB Thüringen zum Thüringer Ausbildungspakt 2007

Erfurt, 15. Mai 2007

Der DGB Thüringen schätzt das Anliegen der Ausbildungspartnern, die Ausbildungsplatzproblematik in Thüringen abzufedern. Gemeinsame Initiativen sind wichtig und richtig. Sie werden auch vom DGB Thüringen begrüßt. Dennoch unterstützen wir den Thüringer Ausbildungspakt 2007 nicht.

Der DGB Thüringen hat weiterhin angeregt, den Thüringer Ausbildungspakt neu auszurichten und dazu bereits zwei Positionspapiere in die Diskussion eingebracht. Auch 2007 wird sich an unserer Haltung nichts ändern, denn wir sind mit unseren konkreten Vorschlägen zur Neuausrichtung des Paktes in der Diskussion mit den Paktpartnern auf taube Ohren gestoßen.

Einschätzung des DGB Thüringen

Ausbildungsplätze

Selbstverpflichtungen der Paktpartner nicht erhöht

Die IHKn, HwKn, der Thüringer Bauernverband e.V., der Kommunale Arbeitgeberverband Thüringen e.V. und der Verband der freien Berufe e.V. bleiben bei ihren Ausbildungszusagen aus 2006.

Die HWKn erhöhen die Zahl der Betriebspraktikumsplätze (EQJ) um thüringenweit 40 Plätze. Die Effizienz dieser Praktika im Hinblick auf die Übernahmequote in betriebliche Berufsausbildung ist ungeklärt.

Das unzureichende betriebliche Ausbildungsplatzangebot (27.400 Bewerber ggü. 17.000 betriebl. Ausbildungsstellen (ohne EQJ)) wird durch den Freistaat Thüringen und die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen ergänzt. Beide schaffen Angebote zur über- und außerbetrieblichen Ausbildung und vollzeitschulischen Bildungsmaßnahmen, die je nach Schulform zum Berufsabschluss führen können.

Da hierbei vor allem in Thüringen größtenteils Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verwendet werden, und diese Mittel rückläufig sind (ca. 1/3 geringer ggü. 2006), wird dieses ergänzende Angebot zunehmend eingeschränkt. Im Jahr 2007 werden weniger Ausbildungsplätze durch das Land Thüringen im Rahmen des sog. „Ausbildungsplatzprogramms Ost“ bereitgestellt.

Ausbildungsverantwortung der Landesregierung bzw. Landesverwaltung:

Der DGB Thüringen kritisiert das falsche Signal der Landesregierung zur Ausbildungszurückhaltung in den Landesverwaltungen. Für das aktuelle Ausbildungsjahr sind 952 betriebliche Ausbildungsplätze in den Landesverwaltungen im

Haushalt eingestellt. Das Finanzministerium gab jedoch nur die Mittel für 713 Plätze frei.

Damit verkommen alle Appelle der Landesregierung an die Thüringer Unternehmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu reinen Lippenbekenntnissen.

**Die Thüringer Landesregierung nimmt ihre eigene
Ausbildungsverantwortung nicht ernst.**

Fazit

Orientiert man sich an der **Schulabgängerzahl und der hohen Zahl an Altnachfragern** (nicht vermittelte Jugendliche aus den Vorjahren), so müssten für das Bewerberjahr 2006/07 **ca. 28.000 Angebote** in betrieblicher und über- und außerbetrieblicher Ausbildung sichergestellt werden.

Tatsächlich orientieren sich die Selbstverpflichtungen der Paktpartner wiederholt nur an ca. zwei Dritteln der Bewerber, denen ein Ausbildungsplatzangebot gemacht werden kann. Die Landesregierung übt sich zusätzlich sogar in
Ausbildungsverhinderung.

Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Praktikantenplätze wie das EQJ werden vom DGB Thüringen nicht als Ausbildungsangebot gewertet. Sie gehören aus der Bilanz des Paktes herausgerechnet.

Ziel muss es hingegen nach Sicht des DGB Thüringen sein, dass die Angebote an Ausbildungsplätzen a) der Nachfrage der BewerberInnen und b) der zunehmenden Nachfrage der Wirtschaft nach gut ausgebildeten, jungen Fachkräften entsprechen.

Der Thüringer Ausbildungspakt 2007 wird weder dem Problem der sich verstetigenden Abwanderung gerecht – geschweige denn, lassen sich nachhaltige Strategien zur Überwindung des bevorstehenden Fachkräftemangels im Freistaat erkennen.

Trotz wirtschaftlichem Aufschwung (TLS meldete 13,4 Prozent Gewinnsteigerung ggü. dem Vorjahr.) sehen die Thüringer Unternehmen keine Möglichkeit zum Ausbau der betrieblichen Ausbildungsplätze im Freistaat.

Sicherung der Qualität

Der DGB Thüringen fordert Arbeitgeber und die Landesregierung auf, mehr Engagement in Richtung „Qualitätssicherung“ aufzubringen. Die Zielvorgaben im Ausbildungspakt benennen neben einem bloßen Bekenntnis zur Wichtigkeit von „Qualität“ lediglich: Prüfer- und Lehrerschulungen, Ausbilder-Arbeitskreise, den Einsatz von sog. Regionalcoaches und Ausbildungsberatern sowie die Förderung von Ausbildungslehrgängen.

Der DGB Thüringen fordert dabei vor allem stärkere Qualitätskontrollen in den Betrieben. Bei diesen Bewertungen sollen auch die Auszubildenden einbezogen werden. Ein solches Verfahren ist im Bereich der Fort- und Weiterbildung längst eine Notwendigkeit.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Kirsten Joachim Breuer
DGB Thüringen

Warsbergstr. 1
99092 Erfurt

Tel.: (0361) 59 61 420

Fax: (0361) 59 61 444

0151 – 14 80 60 70

kirsten.breuer@dgb.de